



US-Präsident Donald Trump sprach gestern von einer „echten Hungersnot“ im Gazastreifen und widersprach damit einer Aussage des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, wonach in dem Gebiet genügend Nahrungsmittel vorhanden seien.

„Das ist wirklicher Hunger, das sieht man, und das kann man nicht vortäuschen“, sagte Trump bei einem Auftritt mit dem britischen Premierminister Keir Starmer in Schottland. „Wir müssen die Kinder ernähren.“

Trumps Äußerungen markieren eine bemerkenswerte Wende in seiner Haltung gegenüber Gaza. Er kritisierte das derzeitige System der Hilfsgüterverteilung als ineffektiv und kündigte an, mehr Lebensmittelausgabestellen einrichten zu wollen – mit Unterstützung Großbritanniens.

Internationale Hilfsorganisationen, Experten und Mediziner berichten seit Monaten von einer sich ausbreitenden Hungersnot im Gazastreifen, die durch die strengen Einschränkungen der israelischen Regierung bei der Hilfslieferung verschärft werde. Bislang hatte sich Trump mit direkter amerikanischer Hilfe für die Palästinenser zurückgehalten und vor allem die Hamas dafür verantwortlich gemacht, Hilfsgüter zu unterschlagen. Noch am Sonntag sagte er, die Krise sei „kein Problem der USA, sondern ein internationales Problem“.

Ist das US-EU-Handelsabkommen gut für Europa?

Viele Details des neuen Handelsabkommens zwischen den USA und der EU sind noch nicht finalisiert, doch die Reaktionen reichen von verhalten positiv bis scharf ablehnend. Deutschlands Kanzler äußerte vorsichtige Zustimmung, während Frankreichs Premierminister das Abkommen als „dunklen Tag“ bezeichnete.

Das Abkommen wird von großer Tragweite sein: Der Waren- und Dienstleistungsaustausch zwischen den USA und der EU beläuft sich auf fast zwei Billionen Dollar jährlich. Dennoch ist es noch zu früh, um die tatsächlichen Auswirkungen zu beurteilen. Einzelheiten – etwa die Liste der EU-Produkte, die von den 15-prozentigen US-Zöllen ausgenommen werden – sind noch unklar. Besonders betroffen könnten europäische Pharmakonzerne sein, die Medikamente wie Botox oder das Abnehmmittel Ozempic produzieren – ein Milliardengeschäft, das nun unter Druck geraten könnte. Für amerikanische Verbraucher könnte das steigende Medikamentenpreise und höhere Versicherungsbeiträge bedeuten.



Auch wenn das Abkommen Europas Wirtschaft kaum zugutekommt, bindet es Trump möglicherweise stärker in außenpolitische Themen ein, die für viele europäische Staats- und Regierungschefs von zentraler Bedeutung sind – etwa der Krieg in der Ukraine.

Tödliche Schießerei in Midtown Manhattan

Ein Polizist und drei weitere Menschen wurden gestern getötet, als ein Mann mit einem Sturmgewehr vom Typ AR-15 in einem Hochhaus in Midtown Manhattan das Feuer eröffnete – kurz vor Feierabend. Ein fünftes Opfer wurde lebensgefährlich verletzt, wie die Behörden mitteilten.

Der Schütze erschoss sich anschließend selbst. Die Polizei geht davon aus, dass er allein handelte. Die Ermittlungen dauern an.

Weitere Schlagzeilen

Russland: Trump kündigte an, er würde Wladimir Putin nun nur noch 10 bis 12 Tage geben, um den Krieg in der Ukraine zu beenden – andernfalls drohten neue Sanktionen.

Thailand: Die Regierungschefs von Thailand und Kambodscha einigten sich auf einen Waffenstillstand, um die Grenzgefechte zu beenden, bei denen bislang mindestens 38 Menschen ums Leben kamen.

USA: Harvard signalisiert offenbar die Bereitschaft, bis zu 500 Millionen Dollar auszugeben, um einem Streit mit der Trump-Regierung ein Ende zu setzen.

Medizin: Leberkrebs fordert jährlich über 700.000 Todesopfer – laut einer neuen Studie könnten drei von fünf Fällen verhindert werden, wenn Hauptursachen wie Alkoholkonsum und Fettleibigkeit bekämpft würden.

China: Der berühmte Abt des Shaolin-Tempels, Shi Yongxin, steht unter dem Verdacht der Veruntreuung und „unangemessener Beziehungen“ zu Frauen.



Gesundheit: Eine neue Studie zeigt, dass eine Kombination gesunder Lebensgewohnheiten – darunter Bewegung, gesunde Ernährung, Denksport und soziale Aktivitäten – die kognitive Leistung bei Demenzrisikopatienten verbessern kann.

Iran: Nach fünf Jahren Dürre droht Teheran in wenigen Wochen das Wasser auszugehen.